

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werttätigen Volkes

Nr. 131.

Dresden, Montag den 10. Juni 1912.

23. Jahrg.

Abonnementpreise mit der wöchentlichen Beilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Postporto monatlich 80 Pf. Ganzjährig 8 Mark. Für die Post bezogen Vierteljährlich 2 Mark, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: G. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: G. Zwingerstraße 14. Tel. 1789. Geschäftstage von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Geschäftszeiten mit 30 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Abrechnung wird Rabatt gewährt. Vorkostenpflichtig 25 Pf. Inzerats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

## Die Flottentreiber.

Der deutsche Flottenverein hat am Sonntag in Weimar seine 12 Hauptversammlung abgehalten. Fürsten und Regierungsoffiziere waren reichlich vertreten. Den hauptsächlichsten Vortrag hielt der Vorsitzende, Großadmiral v. Rödter. Er sprach die kriegsmaritime Entwicklung der europäischen Staaten und rief die Flotten vorwärts. Rödter sprach seine Freude aus, daß der Reichstag die Flottenvorlage angenommen habe. Aber für ihn und den Flottenverein ist alles, was die Regierung vom Reichstag gefordert hat und bewilligt erzieht, wiederum nicht genug. Herr v. Rödter schilberte, nach festem gegählter Methode, die Seerüstungen der anderen Staaten als weit größer im Vergleich zu den Forderungen des deutschen Flottengesetzes, also müsse sehr bald eine neue Flottenvorlage gemacht werden. Besonders soll Deutschland noch viel zu wenig Panzerkreuzer haben und das Personal für die Reserveflotte sei zu gering.

Bemerkenswert ist, daß ein Bundesratsbevollmächtigter, nämlich der altenburgische Minister v. Borries, sich nicht scheute, eifrig in das Horn der Flottentreiber zu blasen. Er sagte nach dem uns vorliegenden Bericht: „Sollten wir uns beruhigen bei dem, was der Reichstag beschlossen hat? (Stürmische Zurufe: Nein! Nein!) Auch ich bin dieser Meinung, denn Stillschanden bedeutet Rücksicht! Wir wollen dem Reichstag ein Gegenstück bieten und mit derselben Entschlossenheit, mit der der Reichstag, von einer Partei abgesehen, die Flottenvorlage verabschiedet hat, uns hinter unsern Präsidenten stellen und die Forderung der großen Kreuzer vertreten. (Stürm. Beifall.) Man hat gesagt, man könne nicht alle Welt zufriedenstellen. Ich darf ja als Bundesratsbevollmächtigter nicht aus der Scheuklammer treten. Aber so viel kann ich sagen, ich habe persönlich folgenden Eindruck: Wenn ich mich an die Stelle des Staatssekretärs des Reichsmarinenamts versetzt denke, würde ich von der letzten Flottenvorlage nicht befriedigt sein. (Heftig lachend.) Das Reichsgesetz ist hinter dem Wunschniveau zurückgeblieben.“ (Sehr richtig!)

So geht das gleiche unheilvolle Spiel der Flottentreiber bereits wieder los, nachdem sie eben eine sehr kostspielige Flottenvorlage beschlossen und kaum die Vorarbeiten zu ihrer Durchführung getroffen worden sind.

Es ist selbstverständlich, daß derartige Flottenreden, wie sie Großadmiral v. Rödter und Minister v. Borries unter dem lärmenden Beifall zahlreicher einflussreicher Leute gehalten haben, im Auslande sehr beachtet werden. Von neuem wird überall Mißtrauen erweckt und überall wird fleißig an neuen Seerüstungen gearbeitet.

Wenn aber andere Staaten, geängstigt durch die Pläne, die auf den Tagungen der Flottentreiber laut werden, ihrerseits Vorkehrungen zur Abwehr treffen, so wird jedesmal von den deutschen Regierungsdirektoren erklärt: Seht, die Engländer und Franzosen haben schon wieder neue Rüstungen gemacht, also müssen wir auch eine neue Vorlage machen. In Wahrheit sind die deutschen Flottenvereinsten in erster Linie Wälschuldige und Hauptschuldige in diesem ungeheuerlichen und kulturfeindlichen Spiel der internationalen Kriegsrüstungen.

Im Übrigen hat keine von den bürgerlichen Parteien irgendeinen Anlaß, den Flottenvereinsten Vorwürfe zu machen. Gerade der Bewilligungseifer, den die Parteien beweisen haben, hat den Flottenverein sowie alle Flotteninteressenten zu neuen Anläufen Muth gemacht.

## Der englische Kriegsminister für starke Rüstungen.

Aus London wird dem B. L. telegraphisch gemeldet: Der Bürgermeister von Waltham, einer der Städte, die Groß-London bilden, gab ein Dinner, bei dem der Kriegsminister Lord Kitchener anwesend war und eine Rede hielt. Darin betonte Lord Kitchener die Wichtigkeit und Notwendigkeit starker Rüstungen. Was die Flotte angeht, so müsse England unbedingt die Herrschaft zur See wahren. Bald würde die Zeit kommen, wo die Kolonien zu Lande und zu Wasser sich selbst verteidigen würden. Das würde England von schweren Lasten befreien. So würden die Engländer zur Verfügung stehenden Streitkräfte für die Verteidigung der eigenen Heimat frei werden, und das sollte England in kurzer Zeit zur mächtigsten Land- und Seemacht machen, die es jemals gegeben habe. Für den Augenblick hätten die Engländer über ihre nationalen Interessen zu wachen und ihr Bestes zu tun mit den Hilfsmitteln, die zu ihrer Verfügung stehen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Kuiperungen Kitcheners im Wortlaut von dieser knappen Meldung abweichen. Es ist ausgeschlossen, daß er gesagt hat, England solle auch zu Lande in kurzer Zeit zur stärksten Macht werden. Aber vorbehaltlich solcher Wichtigstellungen dürfte der Rede Kitcheners große politische Bedeutung beizumessen sein.

Der englische Kriegsminister Lord Kitchener hat bekanntlich seit Jahren den Gehanten der Verstärkung mit Deutschland über verschiedene Streitfragen und insbesondere über die Rüstungen selbst verhandelt. Seit den Verhandlungen über die Rüstungen dieses Jahres in Berlin hatte, wurden manche Hoffnungen auf Besserung des englisch-deutschen Verhältnisses laut. Aber das ausweichende Verhalten, dessen sich die deutsche Regierung im Reichstag auf alle Anfragen zu dieser Angelegenheit befleißigt, hat jene Hoffnungen schon sehr stark herabgeindert. Die jetzige Rede Kitcheners läßt vermuthen, daß auch er jene Hoffnungen äußert.

herabgestimmt, wenn nicht gänzlich aufgegeben hat. Kitchener spricht jetzt nicht von Verständigung und Rüstungseinkauf, sondern von der Unvermeidlichkeit starker Rüstungen und von Maßregeln, die Englands Seestellung günstiger und unbewinglicher machen sollen.

Die Bestürmter der Rüstungen in Deutschland haben in den letzten Monaten fortwährend von dem „wohlthätigen Eindruck“ geschwätzt, den die Annahme der Flottenvorlage im Reichstag auf das Ausland machen werde. Es zeigt sich, daß diese Vorlage nicht beruhigend, sondern im höchsten Grade aufreizend wirkt, wie wir Sozialdemokraten es voraus sagten.

## Die Schreckensherrschaft in Ungarn.

Budapest, 8. Juni. (Privattelegramm.) Die heutige Repszava wurde ebenso wie die gestrige und auch das deutsche Parteiorgan Volksstimme wieder konfisziert. Die sozialdemokratische Partei hat sofort um 9 Uhr vormittags eine zweite Auflage herausgegeben, jedoch wurde dieselbe wieder konfisziert, angeblich, weil in dem richterlichen Bescheid ein Irrthum enthalten sei. 30000 Exemplare sind wieder konfisziert, so daß um 10 Uhr abends die dritte Auflage herausgegeben wurde. Bemerkenswert ist, daß auch die Rede des Reichstagspräsidenten Liszka konfisziert wurde, ebenso wie ein Erlass des Oberstadthauptmannes, der die gestrige Mordthat betrifft. Im Grunde genommen wissen wir jedoch ganz gut, warum die Repszava konfisziert wird. Die Herren von der Regierung wollen mit Gehalt der ungemein kritischen Situation ein Ende bereiten und da dies im Reichstage nicht möglich ist, wollen sie es auf der Straße tun. Sie glauben, mit einem Blutbad auf der Straße werde diese kritische Situation ein Ende nehmen. Es ist daher die Absicht der Regierung, die arbeitende Klasse, die ausschließlich Leier des Parteiorgans ist, dadurch noch mehr in Erörterung zu bringen und sie zum Aufruhr zu treiben. Natürlich hat die Parteileitung Muth genug, dies zu verhindern, und deshalb geben wir auch eine zweite, wenn notwendig, auch eine dritte Auflage heraus.

Ueber die Mordthat, die gestern im Reichstag geschah, hat die Regierung sofort läugnerische Berichte ausgegeben, und zwar wurde auf der Wörse telegraphiert, daß der Abgeordnete Jul. Kovacs aus Verzweiflung darüber, daß sein Vermögen durch waghalsige Spekulationen gerichtet sei, auf diese Weise seinem Leben ein Ende machen wollte. Sofort haben wir uns bei der Familie des Abgeordneten erkundigt, haben auch persönlich in den Banken, die angegeben wurden, nachgefragt, und da stellte es sich heraus, daß der Abgeordnete Kovacs ein reichbegüterter Mann, sein Vater ein Millionär, und der Abgeordnete K. noch lebig ist. Er ist ein äußerst solider Mensch, der in Wien und auch im Auslande die Hochschule besucht hat.

Ueber das Attentat wird noch berichtet: Unsere Berichtsersteller im Reichstag erzählen, und auch die oppositionellen Blätter bringen es heute, daß es ein Frauen war für jeden Menschen, der die Szenen mit angesehen hat. Auf den schwerverwundeten Abgeordneten stürzte sich eine Horde von Abgeordneten der Regierungspartei, die aus den stärksten Männern besteht und die sogenannte Schutzwache bildet, auf den Blutüberströmten am Boden Liegenden und bearbeiteten ihn mit Häuten und Stöcken. Nur den Journalisten gelang es, die Leute von dem Schwerverwundeten wegzubringen. Während dies mit dem schwerverwundeten Abgeordneten geschah, stand der Präsident Liszka gleich vor ihm, traute sich weder vor noch rückwärts, bis ihn eine Schaar Abgeordneter umringte und aus dem Saale führte. Das haben wir von einigen Zeugen verschiedener Richtung erfahren und trotzdem verflücht die Regierungspresse, wie tapfer und mutig sich der Präsident dabei benahm.

Die Regierung hat ihre alte Taktik fortzusetzen befohlen. Die Abgeordneten der Opposition werden von der Polizeitruppe immer ruhig in den Reichstag eingelassen und dann aus dem Saal herausgeholt. Es geschieht dies deshalb, weil die Regierung fürchtet, und das mit Recht, daß, wenn den Abgeordneten am Lohre des Gebäudes der Einlaß verweigert wird, dann die auf der Straße harrende Bevölkerung mit den Reichstagsabgeordneten gemeinsame Sache macht.

Jetzt soeben beginnt der Reichstag. Vor der Eröffnung das alte Spiel: Kein einziger Abgeordneter der Regierungspartei ist im Saale und die aus 102 Mann bestehende Opposition verharret ruhig auf ihren Sitzen. Jetzt gibt der Präsident Liszka dem Polizeikommissar die Order, sämtliche Ausgehenden (68 an der Zahl) aus dem Saal zu führen. Das geschah. Hieraus begründete Abgeordneter Leopold Babacs von der Regierungspartei einen Antrag auf Verschiebung der Tagesordnung, dessen Verhandlung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gelegt wurde.

Mittlerweile ist Ministerpräsident v. Lukacs nach Wien gereist, um dem Kaiser Bericht zu erstatten und gleichzeitig die Vertagungsorder für den Reichstag zu erbiten. Wann die Vertagung eintritt, ist noch ungewiß; man wird sich aber nach Kräften bemühen, denn trotz aller Gewaltmaßnahmen glaubt man nicht, daß sich der jetzige Zustand noch lange aufrechterhalten läßt.

Die Opposition hielt am Sonnabend abend eine neue Sitzung ab, in der über eine Aktion beraten wurde, die der Opposition in stärkerem Maße die Unterstützung der Bevölkerung sichern. Am Sonntag sollen möglichst alle oppositionellen Abgeordneten vor ihren Wählern sprechen. Die Regierung hat die Militärabteilungen und Provinzgendarmen aus den Straßen Budapests zurückgezogen.

Soeben wird bekannt, daß beim Zeugenverhör über die Tat Kovacs festgestellt wurde, daß auch ein Mitglied der Regierungspartei, der Abgeordnete Rica einen Schuß aus seinem Revolver abgegeben hat.

## Eine neue Verzweiflungstat in Budapest.

th. Wien, 8. Juni. Eine Tat der Verzweiflung ist noch ausgesprochenem Maße als Kovacs' Attentat beging am Sonnabend der bosnische Student Ila Jusics gegen den küniglichen Kommissar Euba. Als dieser gestern nachmittag in Budapest von einer Festfeier seines Bruders heimfuhr und das Gefährt in einer aufsteigenden Straße ein langsam Tempo annahm, trat der bosnische Rechtschüler Jusics aus einem Gasthause heraus, und mit dem Rufe: „Es lebe Kroatien! Nieder mit dem Herrscher!“ feuerte er drei Schüsse aus einer Browningpistole gegen das Automobil ab. Zwei Schüsse drangen dem Ministerrat Derboics in den Hals und verletzten ihn schwer. Euba sprang aus dem Wagen, um den Missethäter in den Arm zu fassen. Aber dieser ergriff die Flucht. Mehrere Wachleute, die längs des Weges des küniglichen Kommissars aufgestellt waren, setzten ihn nach. Als einer der Schulleute, Vokscac, dem Flüchtling nachkam, kehrte dieser sich um und streckte den Verfolger mit einem Sturmschuh nieder. Vokscac taumelte noch mehrere Schritte und fiel hierauf tot zu Boden. Inzwischen hatten sich mehrere Vorübergehende den Verfolgern angeschlossen. Mit vorgehaltener Pistole scheuchte Jusics die Verfolger immer wieder von sich und vermundete noch zwei Polizisten. So gelangte der Missethäter durch die Karoskagasse vor das Administrationsgebäude der sozialdemokratischen Volksbuchdruckerei. Auf die Ausruf: „Aufhalten! Aufhalten!“ stürzte ein Arbeiter aus dem genannten Gebäude und warf sich auf den Missethäter, Jusics wurde zu Boden gerissen, erhob sich jedoch im nächsten Augenblick und richtete die Waffe gegen die eigene Stirn. Der Arbeiter schlug jedoch Jusics die Waffe aus der Hand und mit Hilfe mehrerer anderer Personen und herbeigeeilter Polizisten wurde Jusics gefesselt und zur Polizei gebracht.

Beim Verhör sagte Jusics unter anderem, daß Attentat im Budapester Parlament habe, ihm den nächsten Anstoß zur Tat gegeben.

Nach Beweggründen beachtet man bei kroatischen Attentaten wahrlich nicht zu fragen. Euba, dieses Werkzeug der ungarischen Oligarchie, hat die Verfassung Kroatiens beseitigt, das Verfassungsrecht aufgehoben, die Presse der Zensur unterworfen. Er hat die Gewalt noch mit allen Mitteln umgeben. Er hat die Blätter in der ersten Zeit vier- bis fünfmal an einem Tage konfisziert lassen, sie an den Rand der wirtschaftlichen Vernichtung gedrängt, so daß sie heute außer blanken Nachrichten nichts Politisches mehr bringen dürfen. Und überdies verhöht er noch die Regierungspresse um ihres Schwiegens willen. Es ist die Rute des Kirchhofs, die Gerechtigkeit hergestellte hat. Dieser Anordnung entspringt die Tat des Studenten.

Ugram, 8. Juni. Der von dem Studenten Jusics verübte Mordtat Derboics ist schwer verurteilt. Die Kräfte sind in die Schweißbahnen eingebunden und am Hinterkopfe wieder herausgetreten, wobei das Nieschützen verurteilt wurde. Jusics wird die Tat zu leugnen aber Wälschuldige zu haben. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet worden. Mehrere Studenten wurden verhaftet.

## „Wenn ich der Kaiser wär!“

Bisher ist die Sozialdemokratie von Erfolg zu Erfolg geschritten, ohne sich sonderlich um die Verwirrung zu sorgen, die ihr Siegesmarsch unter den Gegnern angerichtet hat. Das sollte denn doch anders werden. Die christliche Eigenschaft des Mitleids muß in den Reihen der Partei erwachen. Der Schrecken, den die dreieinviertel Millionen Wählerstimmen und die 110 Abgeordneten angerichtet haben, ist so herzerzählend, daß auch dem proletarischen Barbar weicher ums Herz werden muß.

Zu dieser Einsicht sind wir beim Lesen eines Buchs gekommen, das in den letzten Wochen eine gewisse Rolle im politischen Leben gespielt hat. Es handelt sich um die Schrift eines Ungarischen, der sich Daniel Frymann nennt. Sie trägt den Titel: „Wenn ich der Kaiser wär!“, und ist dasselbe Nachwerk, aus dem kürzlich die Post den gegen Wasser-mann gerichteten Anschlag brachte.

Die Furcht vor öffentlicher Namenge mag die Schart-macherpresse bisher bewegen haben, aus dem Buche nur einige verhältnismäßig harmlose Stellen abdrucken. Uns aber ist zunächst darum zu tun, das Unheils inne zu werden, das wir angerichtet haben, und daher führen wir so kurz wie möglich an, was der fränkische Frymann in der Angst um die Rettung vor sozialistischer Barbarei zurechthinterlegt.

Das Bild oben ist von der Dresdner Volkszeitung entnommen. Die Abbildung zeigt den Verfasser der Zeitung, Herrn Daniel Frymann, in der Gestalt eines Soldaten. Er ist in uniformierter Kleidung zu sehen und hält eine Pistole in der Hand. Die Abbildung ist eine Karikatur und soll die Aggressionen der Sozialdemokratie gegen den Kaiser symbolisieren.